

Wir zahlen nicht für Eure Krise

Mehr Lehrer, kleinere Klassen, mehr Geld für Bildung

Wer ist Mappus?

Er ist der Ministerpräsident von Baden-Württemberg ein rechtskonservativer Spitzenmann der CDU. Sein Duzfreund und Berater ist der Stanley-Morris-Banker Motheis, der ihm den 4 Mrd. Euro-Deal mit der LBBW-Bank besorgt hat.



Mappus muss weg

Mappus spricht gern vom Bildungs- und Kinderland Ba.-Wü.

Aber wie handelt er?

Bereits 2010 ist der Mehrbedarf an Lehrstellen, wegen der Absenkung des Klassenteilers in den Grundschulen von 31 auf 28 Schülern, wegen des Absenkens

des Klassenteilers bei den weiterführenden Schulen von 32 auf 31 Schülern und dem Ersatzbedarf infolge von Pensionierungen, Beurlaubungen, nicht ausreichend ausgeglichen worden.

➡ Lediglich 140 neue Stellen waren es 2010 dem CDU Mann Mappus wert, um dem Lehrermangel entgegenzutreten.

➡ Für Krankheitsvertretungen gab es 2010 1266 Stellen. Diese reichen nicht aus. Es wird weiter daran gekürzt.

2009 standen noch 16 Mio. Euro für



Krankheitsvertretungen zur Verfügung. Für 2011 sollen es noch 13,2 Mio. Euro sein.

Weitere Kürzungen gibt es bei den Lehrbeauftragten, es wird von 3 auf 2 Millionen gekürzt. Dadurch können weniger Arbeitsgemeinschaften an den Schulen angeboten werden. Darunter leiden vor allem die Ganztagschulen.



Bei den beruflichen Schulen gibt es 2011 bei einem Bedarf von 1400 Stelle lediglich 40 neue Stellen Auch bei den Real- und Sonderschulen gibt es keine Verbesserungen.

Skandalöse bildungspolitische Bilanz

Angesichts von 1,6 Mio. ausgefallener Schulstunden, ist das eine skandalöse bildungspolitische Bilanz dieser CDU/FDP-Regierung im Ländle.

„Hände weg von Stellen und Arbeitszeit!“

Die Gewerkschaft Erziehung u. Wissenschaft (GEW) verabschiedete im Dezember 2010 eine

Resolution. Darin lehnte sie das sogenannte Vorgriffsstundenmodell für beamtete Lehrer ab.



DKP Aktion 2007 im Rathaus u. Gemeinderat



Lehrer sollten bis zum 40. Lebensjahr ihre Wochenarbeitszeit erhöhen, um sie später auszugleichen.

Daher:



Keine Erhöhung der Lebensarbeitszeit ab 2012 bei gleichzeitiger Kürzung des Ruhegehalts.

Mehr als 9.500 Stellen sind im Staatshaushalt der Landesregierung mit dem kw-Vermerk versehen. Dieser Vermerk bedeutet „künftig wegfallen.“ Davon ab 2012 knapp 4.500 Stellen.

Die DKP steht an der Seite der Gewerkschaft Erziehung u. Wissenschaft.

Die GEW fordert, den Haushalt nicht auf Kosten der Beschäftigten zu sanieren und keine Kürzungen im Bildungsbereich vorzunehmen.

Nicht die Landesbeschäftigten, sondern die Schuldenbremse sowie die Steuer- und Wirtschaftspolitik sind die Ursachen für die Löcher im Staatshaushalt.



Auch der Philologenverband lehnte am 9.9.2010 die Sparpläne von CDU Mappus ab. Er wendet sich gegen die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung von Gymnasiallehrern um 2 Stunden auf 25 Wochenstunden.

Das Ergebnis der CDU Sparpolitik bei der Bildung ist laut Philologenverband, dass die Abdeckung des Unterrichts nicht gewährleistet sei.



Karikatur -endift-



Forderungen der DKP an die Landespolitik (Auszüge)

- ★ Bildungspolitik in Baden-Württemberg ist gekennzeichnet durch den Rotstift und eine Orientierung auf Privatisierung und Elitebildung.
- ★ Weg mit dem vielgliedrige Schulsystem mit seiner frühen Auslese der Schüler. Gleiche Bildungschancen für Alle, auch für Migrantenkinder.
- ★ Schüler und Studierende werden darauf gedrillt, sich gegenseitig als Konkurrenten zu betrachten und sich als „Humankapital“ zu vermarkten. Wir treten für Bildung statt „Abrichtung“ auf die Bedürfnisse des Kapitals ein.
- ★ Wir sind für das Recht auf Bildung, unabhängig von sozialer Herkunft und Nationalität.
- ★ Regelschule muss eine demokratische Gesamtschule als Ganztagschule sein.
- ★ Studiengebühren an den Hochschulen verschärfen die soziale Selektion und müssen daher verboten werden.
- ★ Durch die Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaften muss die Mitbestimmung gesichert, und in eine demokratische Kontrolle der Hochschulen weiterentwickelt werden.
- ★ Jeder Jugendliche hat das Recht auf einen qualifizierten Ausbildungsplatz.
- ★ Wer nicht ausbildet muss zahlen!

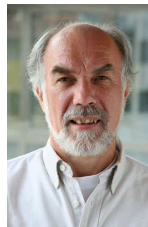
Unterstützen Sie unsere Anliegen



Wilhelm Benz Verkäufer
Erstbewerber geb.: 19.11.1953
GBR-Vorsitz. Rewe UE GmbH
DGB Heidenheim 2. Vorsitzender



Johann Holzheu Dipl. Pädagoge
Ersatzbewerber geb.: 03.08.1944



Stadtrat Reinhard Püschel (DKP)
Fraktion: *Die LINKE/ DKP*

Kontakt
zur DKP Heidenheim
Schumannstraße 3
89518 Heidenheim
Telefon: (07321) 42424
E-Mail: WilhelmBenz@aol.com



V.i.S.d.P: DKP Heidenheim, Ulrich Huber (Jan.. 2011)

Baden -
Württemberg 
DKP
Deutsche Kommunistische Partei

**Bildung für Alle und
gleichberechtigt
Ein Grund- und
Menschenrecht**

„Bei der Rüstung sind sie fix
für die Bildung tun sie nix!“

